

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden.
Gesamtpreis: 25 241.
Preis für Nachgelassene: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1920 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 Mark.
Postbezugspreis für Monat Januar 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., anderwärts 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., anderwärts 200 Pfg., Oberleitungsblätter 10 Pfg. Zusam. Anträge gegen Voranbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marianstraße 38-42.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Rositz 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit besond. Genehmigung „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hoffnungsloser Wirrwarr!

Die Regierungsbildung wieder auf dem toten Punkte! — Die Bayerische Volkspartei lehnt Koch ab.

Die Trümmerstätte der Berliner Katastrophe. — Trocki über die russisch-französische Annäherung. — Der Strafantrag im Grans-Prozess.

Der überspannte Bogen der Demokraten.

Berlin, 18. Januar. Dr. Luthers Regierungsbildungsversuch ist heute an einem kritischen Punkte angelangt. Die Bayerische Volkspartei hatte Dr. Luther wissen lassen, daß der Demokrat Koch für sie eine untragbare Belastung darstelle, nicht nur, wie die demokratische Presse argumentiert hat, weil er einmal vor einigen Jahren eine Deutschfrist veröffentlicht hatte, in der er den Ländern und vor allem Bayern die Berechtigung eigenständlichen Lebens aberkannt, sondern aus dem ausschlaggebenden Grund, weil die Bayerische Volkspartei einen Einspruch, wie er von Koch ohne Zweifel eingeschlagen werden würde, nicht mitmachen kann. Was die im Jahre 1920 erschienene Deutschfrist Kochs betrifft, so glaubt man in der Bayerischen Volkspartei, daß sich das gute Einvernehmen, das sich gerade unter dem letzten Reichsinnenminister im Verhältnis Bayerns zum Reich herausgebildet hatte, sehr trüben könnte, wenn ein Mann wie Koch die Fäden der inneren Politik in die Hände nimmt.

Eine weitere Erschwerung für Dr. Luther hat sich daraus ergeben, daß auch der volksparteiliche Abg. Depp, der Präsident des Reichslandbundes, der das Ernährungsministerium übernehmen sollte, abgelehnt hat, in das Kabinett einzutreten, wenn Dr. Koch das Innenministerium übernehme. Dazu kommen neue Schwierigkeiten auf Grund von Besprechungen, die der Reichskanzler am gestrigen Sonntag mit einigen für das Kabinett in Aussicht genommenen Persönlichkeiten hatte. Der sächsische Finanzminister Reinhold, der für das Reichsfinanzministerium angetreten ist, hatte es abgelehnt, ein anderes Ministerium zu übernehmen, falls in neuen Verhandlungen das Reichsfinanzministerium den Demokraten nicht zufallen sollte. Der für das Reichswirtschaftsministerium ausgetretene Kölner Bankdirektor Geheimrat Wägers hat noch nicht angenommen und wird für ein anderes Ministerium sicher nicht in Betracht kommen.

Der Beschluß der Bayerischen Volkspartei

hat folgenden Wortlaut:
1. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei erklärt eine Lösung der Kabinettsbildung mit Herrn Koch als Innenminister für untragbar und würde beim Scheitern an dieser Lösung an einer Koalition auf dieser Grundlage nicht teilnehmen;

2. ansehnlich der großen politischen Schwierigkeiten für den Fall einer parteipolitisch-parlamentarischen Besetzung des Innenministeriums erachtet die Fraktion die Besetzung mit einem Fachmann als richtige Lösung;

3. Ne nach Erledigung dieser beiden Punkte wird sich die Stellungnahme zu den weiteren Verhandlungen gestalten. Dieser Beschluß wurde außer dem Reichskanzler Dr. Luther auch den Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei mitgeteilt. Nach diesem Beschluß will die Bayerische Volkspartei, indem sie die Besetzung des Innenministeriums durch einen Fachmann verlangt, wieder auf den Staatssekretär Dr. Weichert zurückkommen, der bereits am Freitag von Dr. Luther als Innenminister vorgeschlagen worden war.

Luthers weitere Verhandlungen.

Dr. Koch nicht mehr erschienen.

Berlin, 18. Jan. Zu dem Empfang der Führer der Mittelparteien beim Reichskanzler Dr. Luther hatten sich eingeladen: von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Dr. Japs; von den Demokraten Haas und Erkelenz; vom Zentrum Marx und von der Bayerischen Volkspartei Dr. Leicht.

Der Abgeordnete Leicht verlas den Beschluß seiner Partei und führte zu dessen Begründung aus, daß der Abgeordnete Koch ein zu prononcierter Demokrat und andererseits zu unparteiisch sei, so daß die Bayerische Volkspartei gegen ihn als Reichsinnenminister Einspruch erheben müsse. Der Abgeordnete Koch war zu dieser Besprechung nicht mehr erschienen. Durch den ablehnenden Beschluß der Bayerischen Volkspartei war Dr. Koch so verärgert, daß er dem Reichskanzler Dr. Luther, als dieser ihn zu der Sitzung bat, erklärte, er denke nicht daran, an der Besprechung teilzunehmen. Die beiden demokratischen Vertreter erklärten jedoch dem Reichskanzler, daß

Dr. Koch das Mandat als in Aussicht genommener Minister seiner Fraktion zur Verfügung gestellt habe,

so daß diese in ihrer Handlungsfreiheit unbeschränkt sei. Es gelang auch heute wieder nicht, zu irgendeinem abschließenden Ergebnis über die Frage der Zusammenlegung des Kabinetts zu kommen. Die Verhandlungen sollen am Dienstagvormittag wieder aufgenommen werden. Heute abend traten noch einmal die Fraktionen des Zentrums und der Demokratischen Partei zusammen. Die Deutsche Volkspartei hielt keine Sitzung ab.

Die Fraktionsitzungen.

Berlin, 18. Jan. Während die Sitzung der Zentrumsfraktion nur von kurzer Dauer war, tagte die demokratische Reichstagsfraktion von 7 bis gegen 10 Uhr. Es handelte sich hierbei vornehmlich um die Frage, ob die Fraktion nicht doch auf Koch abstehe, daran festhalten, daß dem Abgeordneten Koch das Innenministerium trotz des Protestes der Bayerischen Volkspartei übergeben werde. Die Meinungen in der Fraktion hierüber gingen auseinander. Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen und auf 11 Uhr abends vertagt, da

die Fraktion unbedingt noch heute zu einem Beschluß kommen wollte. In der Zwischenzeit fanden Verhandlungen nach verschiedenen Richtungen statt; u. a. haben sich die Abgeordneten Koch, Erkelenz und Haas zum Reichswirtschaftsminister Gehler begeben, der seinerseits mit dem Reichskanzler Dr. Luther Besprechung nehmen wird.

Kein Nachgeben der Demokraten.

(Durch Funkgespräch.)

Berlin, 18. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion nahm um 1/2 12 Uhr nachts ihre Sitzung wieder auf und faßte nach kurzer Beratung einstimmig folgenden Beschluß:

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist nicht gewillt, infolge des Einspruchs der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche für die Besetzung des Innenministeriums zu verzichten. Sie hat diese Besetzung aus der Überzeugung vertrieben, daß durch sie die Führung der Innenpolitik im Wege der Verfassung gesichert werden solle. Sie ist nicht in der Lage, diese Überzeugung vor einem unbestimmten parlamentarischen Risiko zu preisgeben.

Dieser Beschluß wird am Dienstagvormittag um 10 Uhr dem Reichskanzler und den anderen Parteiführern mitgeteilt werden. Wie verlautet, hat Reichswirtschaftsminister Gehler erklärt, daß er ein Amt nur annehme, wenn die Demokraten in der Koalition vertreten seien.

In demokratischen Kreisen nimmt man an, daß die Bemerkungen Dr. Luthers um die Bildung eines „neutralen“ Kabinetts der Mitte als gescheitert anzusehen sind.

Das Verlagen des Parlamentarismus.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. Jan. Die Ansicht, daß mit dem ablehnenden Beschluß der Demokraten die Veruche, ein Kabinett zu bilden, das sich auf die Parteien stützen kann, überhaupt erledigt seien, wird in parlamentarischen Kreisen allgemein geteilt. Nach dem Scheitern der Großen Koalition und nach dem Scheitern der Kleinen Koalition bleibt jetzt tatsächlich nichts anderes übrig, als die Bildung eines Beamtenkabinetts. Von Zentrumsseite sei bereits heute nachmittag Dr. Luther vorgeschlagen worden, doch an die Bildung eines sogenannten Persönlichkeiten-Kabinetts zu denken. Dr. Luther habe naturgemäß auf diesen Vorschlag noch nicht weiter eingehen können. Er werde nunmehr in der morgigen Parteiführerbesprechung feststellen, daß es nicht möglich sei, ein Kabinett zu bilden, daß dem ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag entspreche.

Noch im Laufe des Vormittags wird Dr. Luther dann den Reichspräsidenten aufsuchen. Daß Dr. Luther, wie Gerüchte heute wissen wollten, nun selbst keinen weiteren Antrag mehr entgegennehmen wird, ist nicht anzunehmen. Sehr begreiflich ist es, daß man innerhalb der sogenannten Weimarer Parteien, dem Zentrum und den Demokraten über das geradezu flüchtige Verlagen des Parlamentarismus sehr niedergedrückt ist, ganz besonders deshalb, weil es nun wohl unausweichlich sein dürfte, daß wenn jetzt ein Kabinett zustande kommt, dieses ohne ein das Parlament in wichtigen Fragen ganz oder zum Teil ausschließende Ermächtigungsgesetz überhaupt nicht wird arbeiten können. Die Überwindung der Not, die uns auf den Nägeln brennt, mit Hilfe des Parlaments scheint unmöglich. Als besonders peinlich wird es namentlich in Zentrumskreisen empfunden, daß die Demokraten, deren Presse sich nicht genug darin tun konnte, die Sozialdemokraten wegen ihrer Ablehnung der Großen Koalition zu schelten, jetzt die letzte verbliebene parlamentarische Möglichkeit zerhacken und damit gewissermaßen freie Bahn für den namentlich gerade bei den Demokraten als so verächtlich angesehenen Artikel 48 der Verfassung geschaffen hat.

Zinsermäßigung für Rentenbankkredite.

Annahme des Kreditangebots der Golddiskontbank.

Berlin, 18. Jan. Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank und der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbankkreditanstalt haben den Zinsfuß aller an die Personalkreditanstalten begebenen Kredite entsprechend der Diskontermäßigung der Reichsbank mit Wirkung vom 12. Januar d. J. ab um 1 Prozent ermäßigt mit der Maßgabe, den Zinsfuß für den letzten Kreditnehmer grundsätzlich auf 10% Prozent zu ermäßigen.

Gleichzeitig nahm der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbankanleihe das Angebot der Golddiskontbank an, durch das der Deutschen Rentenbankkreditanstalt größere Beträge gegen Ausstellung von Hypothekendarlehen zwecks Gewährung von 7% prozentigen zu etwa 95% Prozent zur Auszahlung gelangenden hypothekarisch gesicherten landwirtschaftlichen Darlehen zur Verfügung gestellt werden sollen. (W. T. B.)

Erwerbslosen-Demonstrationen in Berlin.

(Durch Funkgespräch.)

Berlin, 18. Januar. Auf Grund einer gemeinsamen Parole, die in mehreren Versammlungen ausgegeben war, versammelten sich heute vormittag an verschiedenen Stellen Erwerbslose, um nach dem Rathaus und dem Bureau der Städtischen Erwerbslosen zu gehen. Der Zug wurde auf dem Marsche von der Polizei aufgelöst. (W. T. B.)

Die Furcht vor der Verantwortung.

In politischen Ansätzen, Festreden und psychologischen Untersuchungen wird bei uns gern versucht, die Eigenart deutschen Wesens auf eine knappe, schlagwortartige Formel zu bringen. Im Laufe der Zeit hat man so ungefähr alle guten Eigenschaften des menschlichen Charakters mit dem „Deutschsein“ gleichzusetzen versucht und ist dabei nicht selten der unüberlegten Phrase verfallen. Gerade derjenige, welcher von dem hohen sittlichen Wert der in der deutschen Seele schlummernden Kräfte überzeugt ist, darf die Gefahr nicht verkennen, die in einer solchen bequemen Selbstverherrlichung unseres Wesens liegt; sie führt zur Täuschung über den eigenen Charakter und über die in der menschlichen Natur begründeten Fehler, die der Deutsche als besonders kräftig ausgeprägter Persönlichkeitstypus natürlich ebenso, ja vielleicht noch härter wirksam werden läßt, als der Vertreter weniger komplizierter Rassen. Wenn wir trotzdem zwei jener gefälligen Aussprüche, nämlich die beiden: „Deutsch sein, heißt kämpfen sein“ und „eine Sache um ihrer selbst willen tun“ als im tiefsten Sinne zutreffend auffassen, dann freilich nur insofern, als wir sie als letztes Ziel unserer inneren Entwicklung verstehen und uns durchaus darüber klar sind, daß nicht einmal die Mehrheit der Deutschen Kampfnaturen sind und nur sehr wenige Opfer ohne berechnende Nebenabsicht bringen. Doch allein der Umstand, daß wir zu solcher Zielsetzung unseres Wesens überhaupt entschlossen sind, daß wir unsere Deutschheit so aufgefaßt wissen wollen, ist etwas Bedeutungsvolles und stärkt den Glauben an unsere Mission.

Wie weit wir freilich von diesem Ideal zurzeit noch entfernt sind, erkennen wir jeden Tag aufs neue. Denn was ist der Sinn jener Formeln, in die Sprache des praktischen Alltags überfetzt? Nichts anderes doch als die Forderung, die bessere Erkenntnis des Einzelnen gegenüber der trüben Urteilsslosigkeit der Masse im aufreibenden Kampfe immer von neuem durchzusetzen und jeden egoistischen Wunsch zu unterdrücken, ja, sogar bewußt Schaden zu leiden, wenn es die Lauterkeit und Notwendigkeit einer Sache fordert. Das Verantwortungsbewußtsein vor sich und der Allgemeinheit ist es, nach dem wir streben müssen, wenn wir die deutschen Wäldchen unseres Wesens voll entwickeln wollen. Damit steht es zurzeit freilich schlimm, die Scheu vor der Verantwortung ist es geradezu, die unseren Tagen ihren Stempel aufdrückt. Nicht nur dort, wo sie sich am verhängnisvollsten auswirkt und am wenigsten erwartet werden sollte: bei den Führern des Volkes, die zum großen Teil nur noch Mund der Masse sind und kein anderes Wort herausbringen, als was ihnen die unsichtbaren Einflüster mächtiger Cliquen zuraunen. Leider findet sich die Scheu zu verantwortungsbewusstem Handeln, je nachdem es die Zweckmäßigkeit des Augenblicks fordert, in allen Kreisen der Bevölkerung und schafft unaufhörliche Reibungen, deren politische Folgen auf die Dauer unabsehbar sind. Bureaucratismus nennt man diesen Zustand, unter dem jeder leidet, dessen Ursachen man auf den verschiedensten Gebieten sucht, für den man irrtümlicherweise die Monarchie verantwortlich gemacht hat und der doch nur die Folge jener Angst vor der Verantwortung ist, die sich sorgfältig hinter Verordnungen und Vorgegeben verbirgt. Dieser Bureaucratismus ist nicht etwa nur eine Angelegenheit des Beamtenstands, obwohl er dort aus naheliegenden Gründen niemals ganz vermieden werden wird — er durchzieht unser ganzes öffentliches Leben, er ist in den freien Berufen ebenso vorhanden wie in der Arbeiterschaft und bildet so recht ein allgemeines Vergernis, gegen das sich der Horn des ganzen Volkes richten sollte. Unsere Zeitblätter haben eigens einen neuen Heiligen St. Bureaucratius geschaffen; es wäre besser gewesen, man hätte an einen wuchernden Spaltwurz gedacht, der den davon Befallenen allmählich um seine ganze Vernunft bringt und das Leben im Staate zur Hölle machen kann. Es ist immer bedenklich, die Heiligkeit des Befehles zu gefährden; aber selbst auf diese Gefahr sei es einmal offen ausgesprochen, daß unsere Verordnungen und Paragraphen nicht dazu da sind, das selbständige Urteil und die verantwortungsbewusste Vernunft der Vollzugsorgane zu erlösen. Es ist ein Krebsgeschwür unserer Zeit, daß sich der Staat in immer steigendem Maße die verantwortliche Entscheidung annahmt und seine Diener zu bloßen Polizisten macht, die über die Erfüllung des Buchstabens zu wachen haben. Der Deutsche, der an sich zur Bedenkerlei neigt, wird auf diese Weise zwischen tausend und aber tausend Gesetzen und Bestimmungen eingeklemmt, schließlich gar keine Zeit mehr finden, selbständig zu denken, und das Faust-Wort: „Vernunft wird Unsinn, Wohlstand Plage“ seine traurige Bestätigung finden.

Anstatt vieler Worte ein Beispiel, das vor wenig Tagen durch die Zeitungen ging: Eine Frau in Friedrichroda erhielt ein Paket aus der Schweiz, dem eine Wurst beigegeben war. Sie wurde zu diesem Zwecke auf das Postamt nach Gotha bestellt (Zeitverlust, Reiseflohen!), wo man ihr mitteilte, die Wurst könne ihr nicht ausgehändigt werden, da die Einfuhr von Wurstwaren aus der Schweiz verboten sei. Sie möge sich entschließen, ob die Wurst zurückgegeben (Postkosten!) oder verbrannt werden sollte (spezielle Vernichtung von Nahrungsmitteln!). Die Frau, die zwar von der Unausführbarkeit gesch-